

Die OECD fordert Österreich nachdrücklich auf, mehr zu tun, um ältere Menschen zum längeren Verbleib im Erwerbsleben zu bewegen

Laut eines neuen OECD-Berichts steht Österreich im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung und der Beschäftigung älterer Arbeitskräfte vor großen Herausforderungen. Auf Grund der sinkenden Sterbeziffern und der anhaltend niedrigen Geburtenraten wird sich der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen den Projektionen zufolge bis 2050 verdoppeln, und die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter könnte ab 2018 abnehmen (Abb. 1). Durch den voraussichtlichen Rückgang des Arbeitskräfteangebots wird sich das Wirtschaftswachstum verringern, während die öffentlichen Sozialausgaben zugleich weiter steigen werden.

Im Rahmen ihrer Länderberichte über *Bevölkerungsalterung und Beschäftigungspolitik* hat die OECD am 8. September 2005 ihren Bericht über Österreich veröffentlicht. Der OECD-Bericht enthält eine Untersuchung der wichtigsten Beschäftigungshindernisse für ältere Arbeitskräfte in Österreich, eine Beurteilung der Eignung und Wirksamkeit der bestehenden Maßnahmen zur Überwindung dieser Hindernisse sowie Politikempfehlungen für weitere Aktionen seitens der österreichischen Regierung, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften und der älteren Arbeitskräfte selbst.

Der neue OECD-Bericht würdigt den Sinneswandel, der sich in Bezug auf ältere Arbeitskräfte seit Mitte der neunziger Jahre bei den politischen Entscheidungsträgern vollzogen hat. Insbesondere die jüngste Rentenreform ist als unmissverständliches Zeichen dieses politischen Kurswechsels zu werten. Darüber hinaus wurden verschiedene Maßnahmen zur Ergänzung der Rentenreform ergriffen, die zur Verbesserung der Beschäftigungschancen älterer Arbeitskräfte beitragen, darunter Anreize für die Arbeitgeber zur Weiterbeschäftigung oder Einstellung älterer Arbeitskräfte sowie Anstrengungen des Arbeitsmarktservice zur Erhöhung ihrer Beschäftigungsfähigkeit.

Trotz dieser Reformen vertritt die OECD die Auffassung, dass sich die Einstellung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer offenbar nur sehr langsam ändert und dass immer noch stark von den vorhandenen Möglichkeiten für einen vorzeitigen Renteneintritt Gebrauch gemacht wird. Die OECD weist darauf hin, dass viele ältere Menschen in Österreich bereits deutlich vor Erreichen des Regel- und sogar des Frührentenalters aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden (Abb. 2). Daher ist der Anteil der Erwerbstätigen in der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren in Österreich mit nur 33% wesentlich niedriger als in den meisten anderen OECD-Ländern. Auch die seit 1995 verzeichnete Zunahme war verhältnismäßig gering (Abb. 3).

Ausgewählte Reformempfehlungen

Wenn Österreich die Herausforderungen der Bevölkerungsalterung erfolgreich bewältigen soll, ist nach Ansicht der OECD ein umfassendes, von allen Regierungsressorts und -ebenen getragenes Konzept notwendig, um die älteren Arbeitskräfte dazu zu bewegen, länger im Erwerbsleben zu verbleiben. Zum einen muss das Pensionsystem weiter optimiert werden, wozu auch ergänzende Reformen des Systems der Invaliditätspensionen notwendig sind. Letzteres ist in einem Land, in dem jeder zweite ältere Mann und jede dritte ältere Frau auf Grund von Invalidität aus dem Erwerbsleben scheidet, besonders wichtig. Zum anderen bedarf es einer Reihe von Veränderungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und im Arbeitsrecht, um die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitskräfte zu erhöhen. Unter den von der OECD vorgebrachten Politikempfehlungen sind zu nennen:

- *Anpassung des Pensionsalters an die demographische Entwicklung.* In Anbetracht des zu erwartenden weiteren starken Anstiegs der Lebenserwartung ist die OECD der Auffassung, dass das gesetzliche und auch das Mindestpensionsalter mit steigender Lebenserwartung automatisch heraufgesetzt werden sollte. Kann das Arbeitskräfteangebot durch diese Anhebung nicht in ausreichendem Ausmaß erhöht werden, sind unter Umständen zusätzliche Maßnahmen zur Verringerung der tatsächlich gegebenen Wahlmöglichkeiten der Pensionsanwärter notwendig.
- *Abschaffung des Berufsschutzes bei der Beurteilung des Invaliditätsstatus.* Nach Ansicht der OECD sollten geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass Invaliditätspensionen nur von Menschen in Anspruch genommen werden, die tatsächlich

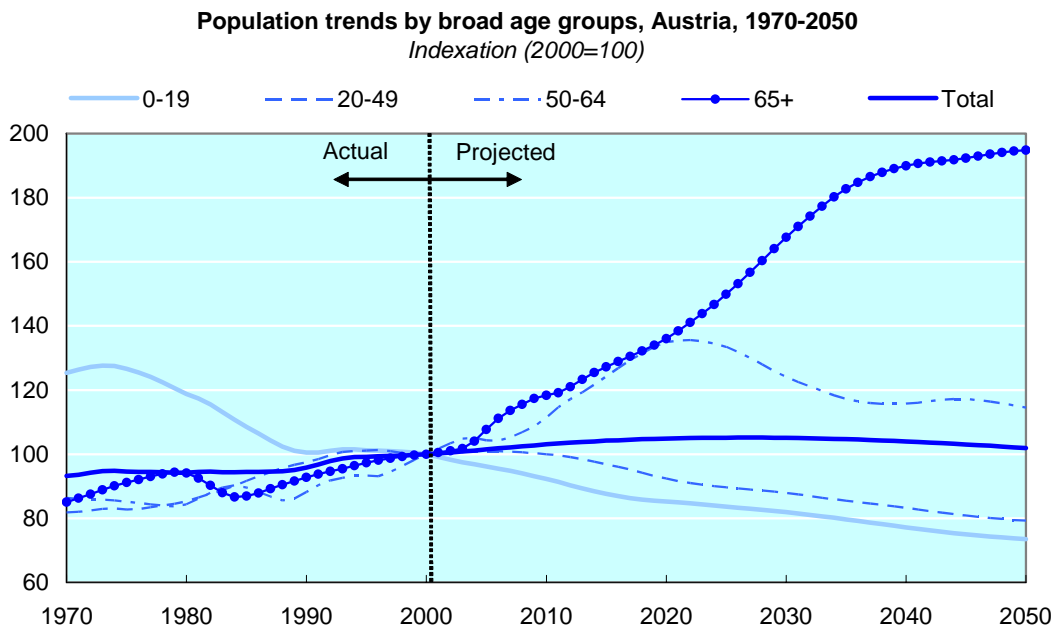
erwerbsunfähig sind. Für Arbeitskräfte über 57 Jahren reicht es als Voraussetzung für den Invaliditätspensionsanspruch derzeit aus, dass der bisherige Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann – auch wenn noch andere Tätigkeiten ausgeübt werden könnten. Diese Art von Berufsschutz wurde in den meisten OECD-Ländern abgeschafft, und dies sollte auch in Österreich überlegt werden.

- *Gezielte Senkung der Lohnnebenkosten.* Eine dauerhafte Senkung der Sozialversicherungsbeiträge für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer wäre kosteneffizienter, wenn sie gezielt auf Erwerbstätige mit geringen Wiedereingliederungschancen ausgerichtet würde, z.B. Arbeitslose mit geringen oder veralteten Qualifikationen. Ihre Wirksamkeit würde außerdem steigen, wenn im Gegenzug der Umfang der angestrebten Steuersenkung angehoben würde.
- *Verbesserung der Kohärenz des österreichischen Weiterbildungssystems.* Der OECD zufolge führt der Mangel an Kohärenz zwischen den verschiedenen Weiterbildungssystemen und -anbietern zu einem suboptimalen Weiterbildungsniveau, insbesondere bei älteren Arbeitskräften. Die Kohärenz könnte durch eine verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen für das Bildungsangebot zuständigen Ebenen gesteigert werden. Ein erster Schritt wäre die gemeinsame Bereitstellung von Informationen und Orientierungshilfen. Auf längere Sicht sollten mehr Möglichkeiten für eine gemeinsame Leistungserbringung erschlossen werden.
- *Erwägung finanzieller Anreize für Arbeitgeber zur Investition in die Unfallprävention.* Die OECD schlägt vor, in Österreich risikoabhängige Unfallversicherungsprämien einzuführen, wie sie bereits in den meisten OECD-Ländern existieren. Dies könnte Arbeitgeber dazu bewegen, mehr Anstrengungen zur Verbesserung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zu unternehmen. Analog dazu könnten ähnliche risikoabhängige Versicherungsprämien in der allgemeinen Invaliditätsversicherung eingeführt werden, weil Erwerbsunfähigkeit häufig aus schlechten Arbeitsbedingungen resultiert.

Wegen weiterer Informationen können sich Journalisten an den Autor des Berichts, [Christopher Prinz](#) (33 – 1 45 24 94 83), oder den Leiter der zuständigen Abteilung für die thematischen Berichte zu Bevölkerungsalterung und Beschäftigungspolitik, [Mark Keese](#) (33 – 1 45 24 87 94), wenden.

Abbildung 1:

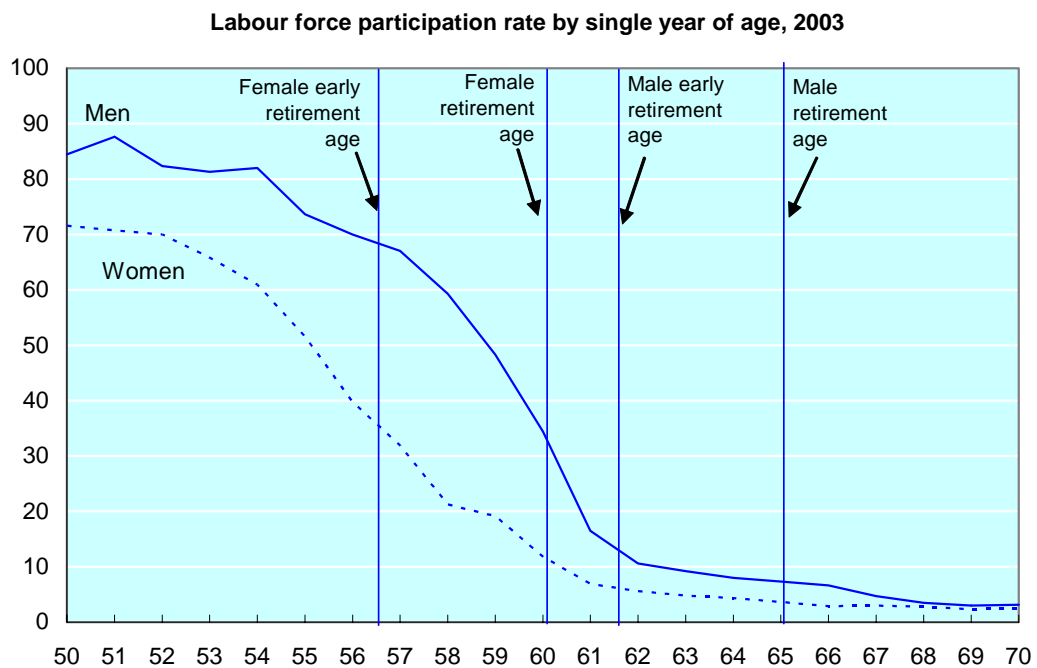
Der Anteil an älteren ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen wird in Österreich in den kommenden Jahren sehr rasch ansteigen



Source: Ageing and Employment Policies - Austria, OECD (2005)

Abbildung 2:

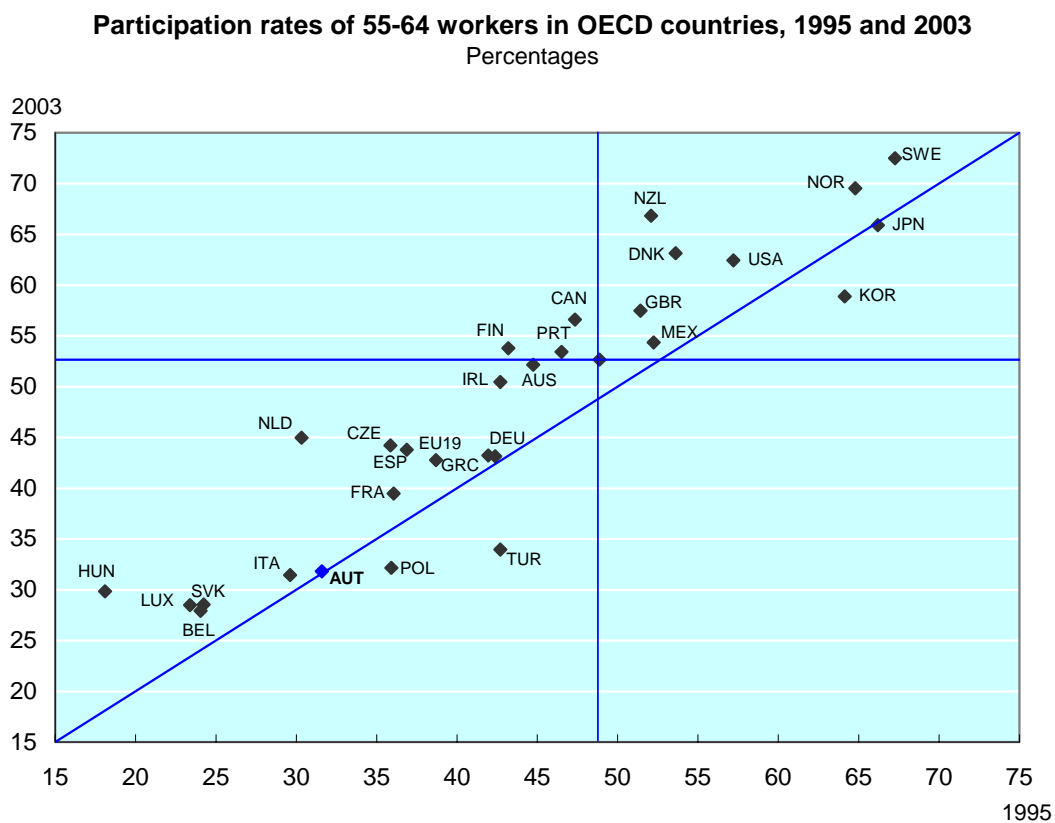
ArbeitnehmerInnen in Österreich scheidet zumeist deutlich vor Erreichen des Regel- und sogar des Frührentenalters aus dem Arbeitsmarkt aus



Source: Ageing and Employment Policies - Austria, OECD (2005)

Abbildung 3:

Die Erwerbsquote älterer ArbeitnehmerInnen in Österreich liegt deutlich unter dem OECD-Mittel, und auch die Zunahme dieser Quoten seit 1995 war deutlich unterdurchschnittlich



Source: Ageing and Employment Policies - Austria, OECD (2005)